

## Mehr wissen für's politische Gewissen

Antragstellerinnen: Anna Machhörndl & Sabine Hartberger / LSV NÖ

- Die Vermittlung eines grundsätzlichen Demokratieverständnisses & eines kritischen Umgangs mit Medien im Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung in der Sekundarstufe 1 (7. & 8. Schulstufe)!
- Aufgrund des differenzierten Schulsystems in Österreich fordern wir in der Sekundarstufe 2, nach Besprechungen mit den Landesschulinspektorinnen und –inspektoren, individuelle Formen von Politischer Bildung, abgestimmt auf die unterschiedlichen Schultypen:
  - AHS: Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach ab der 9. Schulstufe, (da diese für uns als Landeschülervertretung einen Teil der Allgemeinbildung darstellt! Im eigenständigen Unterrichtsfach Politische Bildung sollen mindestens 4 Jahreswochenstunden angeboten werden. Dies ist notwendig, damit das Fach als Prüfungsfach bei der standardisierten Reifeprüfung gewählt werden kann. )
  - BMHS: Projekte an den Schulen zum Thema Politischer Bildung, (die die Eigeninitiative und das Interesse an Politischer Bildung anregen sollen.) Diese können unter anderem Präsentationen zu verschiedenen Parteien, Diskussionen über aktuelle politische Themen, die eigene Durchführung von Wahlen und Politikplanspielen, etc. sein. Zudem fordern wir einen wöchentlich abzuhaltenden Wochenspiegel, durch den im Fach Politische Bildung wochenaktuelle Themen der Politik besprochen und diskutiert werden. Auch das soll das Interesse der Schülerinnen und Schüler an Politischer Bildung weiter forcieren.
- Weiters fordern wir, dass Themen der Politik, die im Fach Geschichte und Politische Bildung bearbeitet werden, in der Semesterplanung genau niedergeschrieben werden und von Abteilungsvorständen und Direktoren auch überprüft werden.
- Eine eigene Fortbildung für Lehrkräfte, um Politische Bildung fachgerecht unterrichten zu können. GSPB – Lehrerinnen und Lehrer sollen dazu eine Fortbildung im Bereich Politische Bildung erhalten, während es Absolventinnen und Absolventen des Studiums der Politikwissenschaften ebenfalls gestattet sein soll, das Fach zu unterrichten, sofern sie eine Fortbildung im Bereich Pädagogik absolviert haben.
- Weiters sollen bestimmte Themen Fixpunkte im Unterrichtsfach Politische Bildung sein:
  - Demokratisches System in Österreich (inkl. der Wahlebenen)
  - Wahlsysteme im internationalen Vergleich
  - Verschiedene Regierungsformern
  - Informationen über die versch. Parteien (inkl. ihrer Positionen und Geschichte)
  - Aktuelle politische Geschehnisse
  - Internationale Vergleiche
  - Internationale Staatenbünde (EU, EFTA, ...)
  - Vertretungssysteme (SV-Pyramide, Sozialpartnerschaft, ...)
  - Diskussionen und Argumentationen über (aktuelle) politische Themen

- Selbst aktiv werden (z.B. durch Organisieren von Podiumsdiskussionen, ...)
- Schülerinnen und Schüler zum Weiterdenken und kritischen Auseinandersetzen mit ihrer Umwelt anleiten
- Kritischer Umgang mit Medien (auch in Bezug auf Politik und Wahlstrategien)

## Interessen- und Wissenstest

Antragsteller: Michael Vorstandlechner (LBS Hollabrunn)

- Einen Interessenstest in der 4. Klasse Volksschule und Unterstufe
- Einen Wissenstest am Anfang und Ende der Unterstufen und Oberstufe

## Modulare Oberstufe

Antragsteller: Lukas Ertl, 16 (HTL Mödling)

- Eine flächendeckende Umsetzung dieses Systems, bei dem Basismodule am Vormittag stattfinden und Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit bekommen, sich nach Belieben, in den am Nachmittag angebotenen Modulen, zu vertiefen.
- Die Einführung der modularen Oberstufe in der BHS, für die nicht fachspezifischen Nebenfächer ab der 2. Klasse BHS (betrifft meistens: Geografie, Geschichte).
- Die Einführung der modularen Oberstufe in der BHS, für die fachspezifischen Hauptfächer ab der 2. Klasse BHS als verstärkende spezifische Vertiefung für ausgewählte Stoffgebiete.
- Eine Prüfung von Seiten des LSR hinsichtlich der Praktikierbarkeit folgenden Vorschlags mitsamt anschließendem Bericht, der dem LSGA vorzulegen ist zur weiteren Beratung. (Punkt 1 vorangestellt)
- Das Fach „politische Bildung“ gilt als Pflichtfach. Wenn es an der Schule kein derartiges Fach gibt, soll GSK Pflichtfach sein.

## Pädagogische Grundausbildung vor dem Eintritt in den Lehrberuf

Antragsteller: Ivan Pejkovic, 15 (LBS Geras)

- Dass das Lehrpersonal eine grundlegende pädagogische Ausbildung, im Zeitrahmen von einem halben Jahr, absolvieren muss, bevor sie den Beruf als Lehrerin bzw. Lehrer antreten dürfen.
- Lehrpersonal, dass weniger als ein Jahr in ihrem Berufsfeld arbeitet, soll eine grundlegende pädagogische Ausbildung absolvieren.
- Erweiterung auf den BMHS Bereich
- Ansprechpartner für neues Lehrpersonal

## Digitalisierte Reifeprüfung

Antragsteller: Veronika Braza, (BG Bachgasse)

- Verpflichtende und flächendeckende Verwendung des Laptops als Schreibmittel bei Schularbeiten und Reifeprüfungen
- Die Schule stellt nicht Laptops, sondern Computerräume zur Verfügung.
- Klare Richtlinien bzw. Vorschriften für die Benutzung des Laptops.
- Es gibt Laptops (im Sekretariat) zum Ausborgen -> keine fixen Räume & auch für einzelne Leute, die z.B. Referate halten müssen Grundvoraussetzungen & Ausstattung für die Digitalisierung an Schulen zu schaffen (Steckdosen, WLAN, Computer warten) nicht nur Schüler/innen sondern auch Lehrer/innen zu Fortbildungen verpflichten

## Mehr Mitsprache der LSV und in weiterer Folge der BSV in NOST-Neuevaluierungen

Antragsteller: Anthony Grünsteidl, 17 (BG | BRG Purkersdorf)

- Verstärkte Einbindung und Mitsprache der Landes- & Bundesschülervertretung in diversen Arbeitsgruppen und Gremien zur NOST.
- Dabei sollen die LSV/BSV nicht nur passiv teilnehmen, sondern aktiv ihre Ideen einbringen können.
- Regelmäßige Auskunft der entscheidenden Gremien über momentane Entwicklungen der NOST-Neuevaluierung.
- Je früher Probleme und Schwierigkeiten auffallen, desto schneller können diese beseitigt werden. Ein Informationsaustausch mit dem Ziel der Problemprevention ist unabdingbar.
- Beibehaltung der positiven Aspekte der NOST.
- Neben vielen schlecht durchdachten Konzepten innerhalb der NOST, sind auch einige positive Aspekte enthalten, wie die Individuelle Lernbetreuung. Diese sollen, in Absprache mit der LSV/BSV, evaluiert werden und bestenfalls erhalten bleiben.
- Umgestaltung der NOST in eine Modulare Oberstufe, kurz MOST.
- Eine wirkliche „neue“ Oberstufe wird durch die NOST nicht erreicht. Nur durch verstärktes Einbringen von echter Modularität, beispielsweise durch die Einführung von Basis- und Wahlmodulen, wird Fortschritt in unsere Schulen gebracht. Um eine bestmögliche Umsetzung zu gewährleisten, soll auch bei der Entwicklung der MOST die Stimme der Schülerinnen und Schüler gehört und berücksichtigt werden!

## Von der Schulpflicht zur Kompetenzpflicht

Antragsteller: Jakob Dumfarth, 16 (BG BRG Purkersdorf)

- Ein höheres Budget für die technische Aufrüstung und die Digitalisierung von Schulen
- Die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zum Sicherstellen der Finanzierung
- Schulpflicht erst nach einer positiven Beendigung der 9. Schulstufe ad 2: Beendigung nach Erfüllung eines noch zu evaluierenden Kompetenzkataloges
- Der Kompetenzkatalog soll von einem BSGA in Zusammenarbeit mit Bildungsexperten ausgearbeitet werden.

## Einheitliche Schülersausweise

Antragsteller: Benjamin Koiser (BHAK & BHAS St. Pölten)

- Einen einheitlichen Schülersausweis für alle AHS und BMHS Schulen in Niederösterreich.
- Einen Schülersausweis, welcher als Altersnachweis anerkannt wird.
- Eine Befristung des Ausweises auf 3 Jahre im BMS Bereich, 4 Jahre im AHS Bereich sowie auf 5 Jahre im BHS Bereich
- Einheitlicher Preis, unabhängig vom Fotografieren der EDU-Cards
- Schülersausweis gilt als amtlicher Lichtbildausweis
- Auch im BS Bereich
- Neuausstellung nach 2 Jahren, damit der/die Schüler/in immer gut identifizierbar ist.